



KOMMENTAR

Die Polizei – Prügelknabe der Nation

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir Polizistinnen und Polizisten vielleicht zu feinfühlig? Sollten wir es uns gefallen lassen, angespuckt zu werden? Sollten wir Ausdrücke wie „Arschloch“, „Hure“ und „Wichser“ als neuen normalen Umgangston akzeptieren? Sind jährlich steigende Widerstandsdelikte einfach hinzunehmen?

Sind über 100 Körperverletzungsdelikte zum Nachteil von Polizistinnen und Polizisten nur Statistik?

Dass es sich bei etwa einem Drittel dieser Delikte um gefährliche und schwere Körperverletzung handelt ist einfach normal?

Ich glaube nein!

Im Rahmen von Demonstrationen und Sportveranstaltungen, wie Fußballspielen in den unterschiedlichsten Klassen, sehen sich die uniformierten Kolleginnen und Kollegen der geschlossenen Einheiten und des Einzeldienstes immer häufiger gewaltbereiten Rabauken gegenüber. Insbesondere unter Einfluss von Alkohol wird die Polizei vom „Freund und Helfer“ immer mehr zum Gegner und Feindbild.

Ende letzten Jahres konnte die ganze Welt sehen, wie sich im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg ein Mob aus Autonomen und Event-Gewalttätern über die eingesetzten Beamtinnen und Beamten hermachte, was zu einer großen Anzahl an Verletzten in den Reihen der Polizei führte. Mit Entsetzen reagierte man in der Welt, es ging ein Aufschrei durch die Medien und in den politischen Reihen war man sich plötzlich einig, dass derartiges Verhalten nicht toleriert werden kann. Musste es aber so weit kommen? Das müssen sich hier viele hochrangige Entscheidungsträger doch berechtigterweise fragen lassen.

Unsere Aufgabe als Gewerkschaft der Polizei ist es, für die Kolleginnen und Kollegen einzustehen und in allen Belangen eine Verbesserung für die Polizei, explizit in punkto Schutz zu erreichen – und so verstehen wir

uns als deutschlandweit größte Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte.

Nicht alles, was wir als Gewerkschafter tun oder sagen, ist populär oder findet Anklang, es ist aber auch nicht unsere Aufgabe allen zu gefallen, sondern die Belange unserer Mitglieder zu vertreten.

Der langjährige Kampf der GdP zur Schaffung eines neuen Straftatbestandes gegen Übergriffe auf Polizeibeamte wurde letztendlich mit Einführung des § 114 StGB „Tätlicher Angriff auf Polizeibeamte“ belohnt. Aufgabe der Justiz ist es nun, diesen auch konsequent anzuwenden, was ja in ersten Entscheidungen gerade im Blick auf die Ereignisse in Hamburg bereits erste erfreuliche Umsetzung fand.



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

Wir sind eine Polizeigewerkschaft und treten für die Interessen unserer Polizeibeamtinnen und -beamten ein. Wir werden weiter für Euch kämpfen und für die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen konsequent und mit Nachdruck eintreten, denn gemeinsam können wir viel erreichen.

Euer Christian Schumacher

PERSONALRATSWAHLEN



Gewerkschaft der Polizei
Personalratswahl 2018

GdP - kompetent verlässlich für ALLE

DANKE für Euer Vertrauen



Zwei interessante Urteile ...

Amtsangemessene Alimentation von Beamten mit drei oder mehr Kindern Widersprüche jetzt stellen

Das OVG NRW hat mit seiner Entscheidung vom 7. 6. 2017 der Klage eines Landesbeamten stattgegeben, der seine Alimentation im Hinblick auf die Familienzuschläge für dritte



Justitia

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Juni 2018 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 7. 5. 2018. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

und weitere Kinder für unzureichend hält. Das Land wurde zur Zahlung höherer Familienzuschläge verurteilt, hat allerdings Revision beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Wir empfehlen betroffenen Kollegen mit drei oder mehr Kindern gegen ihre Besoldung Widerspruch einzulegen und zu beantragen, diesen ruhend zu stellen und den Ausgang des Revisionsverfahrens abzuwarten. Das BMI vertritt in seinem Rundschreiben vom 1. 2. 2018 die gleiche Auffassung und hält es „aus Gründen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn für ungerechtfertigt, wegen der bestehenden Rechtsunsicherheit von Besoldungsempfängern die Beschreitung des gerichtlichen Rechtsweges zu verlangen“. **Eine Auffassung, von der wir uns wünschen, dass sie auch im Finanzministerium M-V zur Kenntnis genommen wird.**

Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung bei Untersuchungsaufforderung wegen Zweifel an der Dienstfähigkeit

Das OVG Berlin-Brandenburg hat mit seinem Beschluss vom 15. 11. 2017 entschieden, dass die an einen Beamten gerichtete Aufforderung, sich wegen Zweifel an seiner Dienstfähigkeit (amts-)ärztlich untersuchen zu lassen, der vorherigen Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung Be-

darf. Unterbleibt die nach SGB IX erforderliche Unterrichtung und Anhörung der Schwerbehindertenvertretung, führt dies zur Rechtswidrigkeit der Untersuchungsaufforderung. Das bedeutet, dass sich die betroffenen Mitarbeiter der ärztlichen Untersuchung nicht unterziehen müssen.

Bei Rückfragen steht euch der Verantwortliche für Rechtsschutzangelegenheiten, der Kollege Jörn Liebig (Tel.: 01 76/80 33 71 74), zur Verfügung

Der Landesvorstand

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein - oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin**

oder:

**– per Fax an: 03 85 – 20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp.de**

Eure GdP-Landesgeschäftsstelle



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



SENIORENGRUPPE ROSTOCK

Besuch des Landtages M-V (Plenarsaal) in Schwerin

Am Dienstag, 17. 4. 2018, hatten wir – die GdP-Seniorengruppe der KG Rostock – die Möglichkeit, den Landtag (Plenarsaal) in Schwerin zu besuchen.



Durch Frau Britta Walendowski vom Referat Öffentlichkeitsarbeit wurde uns die Geschichte des Schweriner Schlosses erklärt und auch die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landtages und es wurden hierzu etliche Fragen erörtert und beantwortet. Nach der Einführung konnten wir in den Plenarsaal und hier wurden uns dann auch die bisherigen Veränderungen des Plenarsaals erläutert, die seit 1990 erfolgten und auch, dass der Saal vorher der „Goldenen Saal“ war, der 1913 durch einen Großbrand völlig zerstört wurde und noch heute Farbgebungen hieran erinnern.

Peter Ritter für
Ann Christin von Allwörden

Nach der Besichtigung des Plenarsaals hatten wir dann noch die Gelegenheit mit dem Abgeordneten Peter Ritter eine Stunde zu debattieren und es konnten unsere Fragen gut beantwortet werden.



Leider konnten wir der CDU-Abgeordneten Ann Christin von Allwörden keine Fragen stellen, da die CDU-Fraktion kurzfristig in wichtigen Angelegenheiten abberufen wurde.

Auf diesem Wege möchte sich die GdP-Seniorengruppe der KG Rostock

für den erlebnisreichen Tag bei Frau Welandowski und dem Abgeordneten Peter Ritter recht herzlich bedanken.

Müller, Clarissa,
GdP-Seniorenvorstand

PERSONALRATSWAHLEN

Wahlergebnis

Sind die Stimmen ausgezählt, geht es zunächst ums Tempo und zwar pyramidenartig vom örtlichen Wahlvorstand über den Bezirkswahlvorstand zum Hauptwahlvorstand.

Aus jedem der Wahllokale werden per Telefon oder Mail dann die Auszählungsmeldungen geschickt. Wenn irgendwann so gegen Mitternacht auch die letzte Meldung vorliegt, verkündet der Hauptwahlvorstand das vorläufige amtliche Endergebnis.

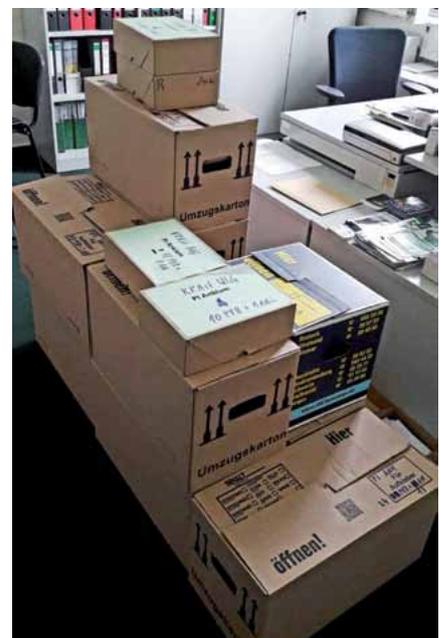
Danach nochmal der gleiche Weg, aber diesmal gründlich mit den ganzen schriftlichen Protokollen. Auf al-

len Ebenen wird überprüft, wenn nötig korrigiert, es kann auch Einsprüche geben, und erst danach geben Wahlvorstände öffentlich die Wahlergebnisse bekannt.

An dieser Stelle ein ganz großes Dankeschön an die Mitglieder der vielen örtlichen Wahlvorstände, der Bezirkswahlvorstände und des Hauptwahlvorstandes.

Danke für Euren Einsatz am 16. Mai!

Aufgrund des Redaktionsschlusses berichten wir in der nächsten Ausgabe über die Personalratswahl.



DGB-BESOLDUNGSREPORT 2018

Öffentlicher Dienst: „Besoldungspolitik nach Kassenlage“

Große Unterschiede zwischen den Bundesländern

Gleiche Tätigkeit, anderes Bundesland: Das kann bei Beamtinnen und Beamten einen Unterschied von mehreren Tausend Euro im Jahr ausmachen. „Mit ihrer Besoldungspolitik nach Kassenlage nehmen Bund und Länder in Kauf, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb um Fachkräfte oft nicht mehr konkurrenzfähig ist“, kritisiert DGB-Vize Elke Hannack.

eins zu eins – und nicht alle tun das sofort. Die Folge: Selbst innerhalb derselben Besoldungsgruppe gibt es zwischen den Bundesländern große Einkommensunterschiede. Das zeigt der aktuelle DGB-Besoldungsreport.

Mehrere Tausend Euro Differenz

Wie viel ein Beamter oder eine Beamtin verdient, hängt nicht nur davon ab, was sie machen, sondern auch davon, wo sie arbeiten. „Es ist nicht nachvollziehbar, dass zum Beispiel eine neu verbeamtete Justizvollzugsbeamtin in Berlin 12 Prozent weniger Gehalt bekommt als ihre vergleichbaren Kolleginnen und Kollegen in Bayern. Gleiches gilt für eine neu verbeamtete Lehrerin in Rheinland-Pfalz die im Jahr über 8000 Euro brutto und damit 18,5 Prozent weniger erhält als eine neu verbeamtete Lehrerin in

Bayern“, kritisiert Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB, die großen Besoldungslücken.

Länder gehen unterschiedliche Wege

Anders als für Angestellte im öffentlichen Dienst können Gewerkschaften für Beamte keine Tarifverträge abschließen. Wer im Staatsdienst beschäftigt ist, muss sich darauf verlassen, dass sein Dienstherr die Abschlüsse, die im öffentlichen Dienst erzielt wurden, entsprechend überträgt. Doch nicht alle Länder tun das

Besoldungsreport 2018: Zahlen und Entwicklungen

Der jährlich erscheinende Report stellt dar, welche Auswirkungen die Besoldungspolitik von Bund und Ländern hat. Dazu vergleicht er etwa die Jahresbruttobesoldung von verschiedenen Besoldungsgruppen beim Bund und in den verschiedenen Bundesländern. Ergebnis: In Bayern ist die Bezahlung top, in Berlin und dem Saarland sieht es nicht so gut aus. Das zeigt sich zum Beispiel bei einem Blick auf die Besoldungsgruppe 7.



Vor dem Hintergrund der Diskussion um geeignete Maßnahmen zur Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung werden im diesjährigen Report neben den Besoldungsunterschieden in den Endstufen auch die Unterschiede in den jeweiligen Eingangsstufen grafisch veranschaulicht (DGB).



DGB-BESOLDUNGSREPORT 2018

Öffentlicher Dienst im Wettbewerb um Fachkräfte „oft nicht mehr konkurrenzfähig“

Die unterschiedliche Bezahlung wirkt sich nicht nur auf den Kontostand der Beamtinnen und Beamten aus, sondern auch auf die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes generell. „Mit ihrer Besoldungspolitik nach Kassenlage nehmen Bund und Länder seit 2006 in Kauf, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb um Fachkräfte oft nicht mehr konkurrenzfähig ist“, kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. „Gerade schlechter zahlende Länder haben zunehmend Schwierigkeiten, für ihren Öffentlichen Dienst neues, qualifiziertes Personal zu gewinnen.“

Die Bewerber streben eher in den öffentlichen Dienst der besser zahlenden Dienstherrn oder sie gehen in die Privatwirtschaft.“ Die Folge ist ein spürbarer Personalmangel.

Gewerkschaften fordern langfristige Personalpolitik

„Die Folge ist ein lückenhafter öffentlicher Dienst, der seine Aufgaben nur noch schwerlich erfüllen kann“, so Hannack weiter. „Die Gewerkschaften warnen seit Jahren davor und fordern eine langfristig angelegte Personalpolitik. Die ist bitter nötig, wenn in den nächsten 20 Jahren gut 57 Prozent der dort Beschäftigten in den Ruhestand gehen. Schon heute gibt es vielerorts einen flächendeckenden Personalmangel. Der öffentliche Dienst darf nicht zum Flickenteppich werden.“

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende:

„Ob in Schulen, bei den Finanzämtern, den Polizeien, Gesundheitsämtern oder Justizvollzugsanstalten, überall fehlen qualifizierte Frauen und



DGB/Simone M. Neumann

Männer, die öffentliche Aufgaben erledigen. Schöne Werbeanzeigen allein reichen eben nicht, um als Dienstherr zu überzeugen. Auf attraktive Arbeitsbedingungen kommt es an, und dazu gehört auch die Bezahlung.“

Die Besoldung der Bundesbeamtinnen und -beamten soll entsprechend der am 17. April 2018 zwischen den DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, dem Bundesinnenministerium und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände erzielten Tarifeinigung für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen angepasst werden. Dies kündigte Bundesinnenminister Horst Seehofer an. Er kommt damit der DGB-Forderung nach einer zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Gesamtvolumens der Tarifeinigung auf die Beamtenschaft des Bundes nach und setzt ein richtiges und wichtiges Zeichen der Wertschätzung.

Mit diesem Schritt würde der Bund den Ländern mit gutem Beispiel vorangehen. Aktuell erreichen die meisten von ihnen nicht annähernd das Besoldungsniveau des Bundes. Dieses Resultat innerhalb derselben Besoldungsgruppe und Stufe weiter auseinander, weil die 17 Besoldungsgesetzgeber unterschiedliche Wege beschreiten. Das Ergebnis einer solchen Politik:

1. Eine Abkopplung der Besoldung von der Einkommensentwicklung im Tarifbereich und damit auch von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
2. Trotz gleicher Tätigkeit werden Beamtinnen und Beamte je nach Dienstherr teils sehr unterschiedlich alimentiert.

DOWNLOAD: DGB Besoldungsreport 2018 (PDF, 865 kB) – Die Entwicklung der Einkommen der Beamtinnen und Beamten von Bund, Ländern und Kommunen. DGB-Bundesvorstand, Abteilung öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik, April 2018.

<http://www.dgb.de/wieviel-verdien-beamte-laender-besoldung-dgb-besoldungsreport-2018/++c0++1ee761b0-43c4-11e8-9667-52540088cada>



DER LANDESVORSTAND



Ziffer 370 des gemeinsamen Koalitionsvertrages von SPD und CDU

„ ... 150 bisher vorhandene, anderweitig genutzte Stellen für den Einsatz in der Fläche nutzbar gemacht werden. ... “, so steht es in der Ziffer 370 des gemeinsamen Koalitionsvertrages von SPD und CDU.

Wenn die Koalitionäre es ernst meinen mit der Unterstützung der Polizei, sollten sie, statt über die Umsetzung der Ziffer 370 öffentlich zu streiten, lieber entscheiden, diesen Punkt nicht umzusetzen. „Wir hatten mehrfach während der Koalitionsverhandlungen auf die Unsinnigkeit einer solchen Vereinbarung verwiesen. Erweckt sie doch den Eindruck, als hätte die Landespolizei irgendwo stille Reserven. Die medial teilweise wahrnehmbare Überraschung im Koalitionslager, aber auch bei der Opposition ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich kenne keinen ernst zu nehmenden Innenpolitiker, der ruhigen Gewissens behaupten könnte, das hätte er nicht gewusst,“ so Schumacher weiter.

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei gehört jetzt langsam ein Schlussstrich unter die Diskussion möglicher Reserven in der Landespolizei. Wir haben eine schlanke, teilweise bereits magersüchtige Organisation.

Es gibt andere Wege, Polizei zu entlasten. Wir sind gerne bereit, darüber zu verhandeln und warten jetzt auf ernsthafte Signale aus der Politik.



Ein Koalitionsvertrag muss nicht auf Biegen und Brechen umgesetzt werden

„Wer A sagt muss nicht B sagen, er kann auch erkennen, dass A falsch war“ (B. Brecht). Ein Koalitionsvertrag muss nicht auf Biegen und Brechen in allen Punkten umgesetzt werden!! Erwachsenen Menschen ist es nicht verwehrt von etwas abzusehen, wenn sich die Unsinnigkeit einer Handlung abzeichnet. „Fakt ist, personell steht der Polizei das Wasser bis Unterkannte Unterlippe und das ist nicht nur den Fachleuten, sondern auch und insbesondere der Politik bekannt,“ so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, mit Blick auf die aktuelle Diskussion zur Umsetzung des Koalitionsvertrages.



NACHWUCHSGEWINNUNG

Weniger Bewerber bei der Landespolizei

1816 junge Frauen und Männer bewarben sich in diesem Jahr um die 300 Ausbildungsplätze. Da die Zahlen seit Jahren sinken, wurden die Anforderungen gesenkt.

Die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern kämpft mit sinkenden Bewerberzahlen. In diesem Jahr bewarben sich 1816 junge Frauen und Männer um die 300 Ausbildungsplätze. Damit wurde knapp das Niveau des Vorjahres (1817 Bewerber) erreicht, wie das Innenministerium in Schwerin auf eine Anfrage der Fraktion der Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV) im Landtag mitteilte.

Die Zahlen sinken allerdings seit Jahren: 2009 hatte es nach Worten von Ministeriumssprecher Michael Teich noch mehr als 3000 Bewerber für die



damals 120 ausgeschriebenen Stellen gegeben. Das Ministerium reagierte auf den Rückgang und räumte mehrere Hürden aus dem Weg. Seit 2016 müssen die Bewerber nicht mehr mindestens 1,65 Meter groß sein und auch der Mindestnotendurchschnitt auf dem Bewerbungszeugnis, der Numerusclausus, wurde abgeschafft.

Quelle: dpa/mv



KREISGRUPPE NEUBRANDENBURG

GdP VOR ORT

Erster Seniorenstammtisch der Kreisgruppe Neubrandenburg

Angeregt durch die Senioren selbst, nahm dieser nun schon längere Zeit entwickelte Gedanke Form an. In der Tollensekaserne der „Vier-Tore-Stadt“ fand der erste Seniorenstammtisch der Kreisgruppe Neubrandenburg statt. Anliegen ist, ein zwangloses Treffen und Beisammensein für die Senioren zu ermöglichen und somit eine weitere Bereicherung der sozialen Kontakte in der Gruppe zu haben.

Am 25. April 2018 trafen sich somit zehn Seniorinnen und Senioren. Bei einem Frühstück wurden zwei Stunden geplaudert, Erinnerungen ausgetauscht, aber auch gegenwärtige Fragen und Sorgen besprochen.

Das Fazit, die Zeit ist wie im Fluge vergangen, und wir werden uns in diesem Rahmen wiedersehen.

Für dieses Jahr sind drei weitere Treffen geplant.

Ein herzliches „Danke“ (siehe Foto) gilt der Offiziersheimgesellschaft, die als Gastgeber diese Veranstaltung möglich machte.

Renate Randel, Beisitzerin für Senioren



Treffen in Anklam

Manuela Schwesig: „Ich habe bereits gestern (3. Mai 2018) mit der Gewerkschaft der Polizei zusammengesessen und ich weiß, dass bei der Polizei in den letzten Jahren sehr, sehr stark abgebaut wurde und die Präsenz in der Fläche fehlt. Wir wollen bessere Bedingungen für die Streifenpolizisten, die den Job auf der Straße machen.“



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am 4. Mai 2018 mit GdP-Landesvorsitzenden Christian Schumacher und Kreisgruppenvorsitzenden Marco Bialecki .

--> Frau Ministerpräsidentin, die GdP nimmt Sie beim Wort ...!

Das GdP-Betreuungsteam war mit Euch beim „Tanz in den Mai“ in Jamel

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de



dabei. Danke an Uwe und seinem Team.

Am 8. Mai haben sich die Mitglieder vom GdP-Betreuungsteam (Andreas, Petra, Roland, Ulli und Schumi) in den Einsatz nach Demmin begeben. Wir haben daran erinnert, dass „Polizisten nicht Gegner sind, sondern Partner.“



Angeordnete Zeiten des Bereitschaftsdienstes werden im Verhältnis von 1:1 berücksichtigt

Es war ein langer Kampf, nunmehr ist er durchgestanden. Insbesondere die Kollegen des Landesbereitschaftspolizeiamtes M-V, der Abteilung 2 des LKA M-V aber auch viele andere betroffene Mitarbeiter wird es freuen. Schon seit vielen Jahren hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) dafür gestritten, dass angeordnete Zeiten des Bereitschaftsdienstes im Verhältnis 1:1 anzurechnen sind. Nach der bisherigen Rechtslage gab es lediglich eine Anrechnung im Verhältnis von 1:3. Das war weder für uns als Gewerkschaft der Polizei noch für die betroffenen PVB schwer nachvollziehbar.

Nachdem das Verwaltungsgericht Schwerin sich in zwei anhängigen Verfahren zugunsten einer Anrechnung im Verhältnis von 1:1 entschieden hat, kann die neue Rechtslage jetzt angewendet werden. Dazu wird in Kürze auch die Rahmendienstvereinbarung zur Arbeitszeit zwischen dem Hauptpersonalrat der Polizei und dem Minister für Inneres und Eu-



ropa angepasst. Zusätzlich werden auch Zeiten rückwirkend ab 2011 analog 1:1 berechnet!!!

Zur Wahrung der Ansprüche unserer Mitarbeiter waren dazu die Polizeibehörden bereits vor Jahren ange-

wiesen worden, die Zeiten geleisteter Bereitschaftsdienste zu erfassen. Kein Mitarbeiter und keine geleistete Stunde wird also vergessen werden.

Gut zu wissen, dass es sie gibt die Gewerkschaft der Polizei.

SOCIAL MEDIA

GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.
www.facebook.com/gdp.mv

KREISGRUPPE SCHWERIN Abschied

Im März dieses Jahres gingen unsere ehemaligen Kollegen Alfred von Staa und Eberhard Wiesenberg für immer von uns.



Nach ihrem Ausscheiden aus dem Polizeidienst verlagerten sie ihre Aktivität in die Seniorengruppe unserer Kreisgruppe. Hier gehörten Alfred und Eberhard dazu, besuchten und organisierten auch zum Teil Treffen bzw. Veranstaltungen. Auf Eberhard und Alfred konnten wir immer zählen.

Ihr Lebenskreis hat sich nun geschlossen und wir nehmen in Trauer Abschied. Doch ihr Andenken wird bleiben. **GdP-Kreisgruppe Schwerin**

